

**behandelte infizierte Material auch tatsächlich absolut unschädlich gemacht wurde?**

- 6. Sollten die vorangegangenen Fragen mit Nein beantwortet werden, hätte dies nicht zur Folge, daß jeglicher Abfall aus Arztpraxen einer Sondermüllentsorgung zugeführt werden muß und nicht – egal in welcher Form – auf der Hausmülldeponie landen darf?**

**Antwort der Staatsregierung:** Grundsätzlich sind bei der Entsorgung von Abfällen aus Arztpraxen dieselben Kriterien zu beachten wie bei der Entsorgung von Abfällen aus Krankenhäusern. Die Grundsätze der Entsorgung medizinischer Abfälle sind im „Merkblatt über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen aus öffentlichen und privaten Einrichtungen des Gesundheitsdienstes“ veröffentlicht (Bundesgesundheitsblatt 5/92, S. 30). Die medizinischen Abfälle werden danach in fünf Gruppen eingeteilt. Zwei davon fallen in Arztpraxen in der Regel nicht an. Zwei weitere Gruppen können ohne weiteres bzw. nach besonderer Verpackung mit Hausmüll entsorgt werden. Lediglich die fünfte Gruppe sind die im medizinischen Bereich anfallenden Sonderabfälle; sie sind, falls die Verwertung nicht möglich ist, einer Organisation der Sondermüllentsorgung zuzuführen.

**Frau Kellner (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:**

**Wie viele Begehren zur Akteneinsicht wurden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen im Atomkraftwerk Gundremmingen seit der Wiederaufnahme des Verfahrens im Oktober 92 an das Bayerische Umweltministerium herangetragen, wie vielen dieser Begehren wurde stattgegeben und wie viele wurden abgelehnt?**

**Antwort der Staatsregierung:** Nach der erneuten öffentlichen Bekanntmachung des Erörterungstermins im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zum Einsatz von Mischoxid-Brennelementen im Kernkraftwerk Gundremmingen II haben beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen bisher ein Rechtsanwalt mit Vollmacht für zwei Einzeleinwender und ein weiterer Einzeleinwender einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Beide Personen haben bereits Akteneinsicht genommen. Die erneuten Einsichtsbegehren wurden vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen bis auf weiteres u.a. mit der Begründung abgelehnt, daß eine sachgerechte Vorbereitung des Erörterungstermins beeinträchtigt wäre.

**Frau Paulig (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:**

**Ist es richtig, daß im Genehmigungsverfahren für den Einsatz der plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente in den vergangenen 15 Monaten keine Gutachten erstellt bzw. fertiggestellt wurden, die für die Entscheidung des Ministeriums über den Antrag erheblich wären?**

**Antwort der Staatsregierung:** Ja.

**Daxenberger (DIE GRÜNEN), Fragesteller:**

**Wie sind die Erklärungen von Seiten des BStMLU vom Frühjahr dieses Jahres, wonach der Erörterungstermin im Verfahren um den Einsatz der Plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente in Gundremmingen angesichts des Stands der Vorbereitungen im Ministerium jederzeit umgehend durchgeführt werden könne, in Einklang zu bringen mit jüngsten Erklärungen desselben Ministeriums, wonach dem Rechtsanwalt des überparteilichen Schutz-vor-MOX-Bündnisses keine Akteneinsicht gewährt werden könne, weil damit die sachgerechte Vorbereitung des Erörterungstermins unzumutbar behindert wäre?**

**Antwort der Staatsregierung:** „Jederzeit umgehend“ heißt: Das Verfahren ist so weit fortgeschritten, daß der Erörterungstermin bekanntgegeben werden kann und zwar mit den üblichen Vorlaufzeiten für eine derartige Großveranstaltung. Der Erörterungstermin beginnt in vier Wochen. Während dieser Zeit sind umfangreiche organisatorische und sachliche Vorbereitungsmaßnahmen durchzuführen. Dafür ist ein steter Zugriff auf die vorhandenen Verfahrensakten unerlässlich im Interesse der Einwender, die Anspruch auf eine ordnungsgemäße Erörterung ihrer Einwendungen im Erörterungstermin haben. Ein Rechtsanwalt, der das von Ihnen genannte Bündnis vertritt, ist beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen nicht vorstellig geworden.

**Dr. Maier Christoph (CSU), Fragesteller:**

**Nachdem die Ausweisung von Deponiestandorten für die Ablagerung von Restmüll in den Landkreisen zu Demonstrationen und zur Gründung von Bürgerinitiativen führt, frage ich die Staatsregierung, ob sie Möglichkeiten sieht, daß für die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens von einer Untersuchung von mehreren Standorten mit erheblichem Kostenaufwand abgesehen wird und wie von Seiten der Gebietskörperschaft ein akzeptabler Standort festgelegt bzw. genehmigt werden kann?**

**Antwort der Staatsregierung:** Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß jede entsorgungspflichtige Körperschaft gemäß den Vorgaben des Bayerischen Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes Deponiekapazitäten für mindestens 6 Jahre vorzuhalten hat und folglich mit der Standortsuche für eine Reststoff- und Ausfalldeponie einem gesetzlichen Auftrag nachkommt. Die entsorgungspflichtige Körperschaft als Planungsträger muß eigenverantwortlich entscheiden, welche und wie viele Deponiestandorte im Raumordnungsverfahren landesplanerisch überprüft werden sollen. Die zuständige Regierung führt dann als höhere Landesplanungsbehörde für den oder die beantragten Standorte das Raumordnungsverfahren durch, ohne bereits im Vorfeld Standorte auszuschließen.

**Wie viele Standorte und mit welchem Aufwand im Vorfeld des Raumordnungsverfahrens untersucht**